

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1 Mk. 50 Pf. In die Postzeitungsliste Nr. 6482.

# Der Proletarier

Anzeigenpreis: Kleinanzeigen und Buchstaben-Anzeigen die 5 Spalten Kolonnen-Zeile 50 Pf. Bestellungen werden nicht angenommen.

## Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von H. Brey, Druck von G. H. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: G. Schneider, Hannover. Redaktionsschluss: Montag mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Kilonstraße 7, 2. Et. — Fernsprech-Anschluß 3002.

### Kriegssteuern.

Das große Rätsel der Zukunft liegt in der Frage: Wie werden die am Kriege beteiligten Staaten die ungeheuren Kosten decken, die ihnen in diesem endlosen Kriege erwachsen? Heute gehen noch allzuviel Menschen über diese Frage leicht hinweg; sie nehmen, die Gegenwart biete so viele der Sorgen und Beschwerden, daß wir uns nicht der Summe der Zukunft schon im voraus dazu anstehen dürfen. Es soll nicht geleugnet werden, daß diese Aufzählung nicht nur recht bequem, sondern auch erklärend und entschuldigend ist. Damit ist sie aber noch lange nicht richtig und gut. Würden etwa die leitenden Staatsmänner oder auch nur die politischen Ratgeber sich zu ihr bekennen, so würde uns sehr bald die Zukunft noch mehr schreden als die Gegenwart. Deshalb begrüßen wir es auch, daß die Reichsregierung jetzt den Versuch macht, schon während des Krieges neue Einnahmequellen zu erschließen. Sie hat dem Reichstag eine Steuervorlage unterbreitet, die dem Reich eine jährliche Mehreinnahme von etwa 500 Millionen Mark aus laufenden Steuern und außerdem einen nicht abzuschätzenden Betrag aus einer sogenannten Kriegsgewinnsteuer bringen soll.

Über wurde gesagt, daß wir den Versuch, neue Einnahmen zu schaffen, begrüßen. Damit soll jedoch beiseite nicht die Zustimmung zu der Steuervorlage der Regierung ausgedrückt sein. Vielmehr stehen wir dieser Vorlage im ganzen durchaus ablehnend gegenüber. Nicht all ihren Teilen. Die Kriegsgewinnsteuer begrüßen wir als ersten Schritt auf dem Wege zu einer geordneten Reichssteuerpolitik. Leider ist der Schritt nur klein. Gemessen an der in England eingeführten Steuer auf Kriegsgewinne ist die Vorlage der deutschen Regierung nur ein mehr als schwächlicher Versuch. Der Kreis der von der Steuer erfaßten Personen ist allerdings nach der Vorlage recht groß. Es sollen nämlich nicht nur die Gewinne besteuert werden, sondern mit dem Kriege in irgendeinem direkten Zusammenhang stehen, die mehr als 3000 Mk. betragende Vermögen zu wachsende Steuerpflichtig sein. Diese Grundvorlage ist gewiß gut. Wer in der Kriegszeit in der ungezählte Familien Blut und Gut verloren haben, noch sein Vermögen vermehren konnte, darf in verhärtetem Maße zur Steuerleistung herangezogen werden. Der Grundsatz erleidet jedoch schon einige Einschränkungen durch die Bestimmung, daß der Vermögenszuwachs, der durch Erbschaft oder durch Schenkung entsteht, nicht steuerpflichtig wird. Diese Ausnahme ist durchaus nicht am Platze. Erben und Beschenkte kommen so mühelos in den Besitz vermehrter Güter, daß gar kein Grund besteht, sie steuerlich zu schonen.

Mehr Grund zur Kritik als diese Ausnahme von einer guten Grundbestimmung bietet die Höhe der Steuerätze. Vor allem, wenn man sie mit den in England angelegten vergleicht. Schon die Grundvorlage der Bemessung ist in Deutschland den Kapitalisten ungünstiger als in England. Während England vom Gesamtgewinn in der Kriegszeit Steuern erhebt, werden sie in Deutschland nur von dem Vermögenszuwachs erhoben. Ferner erhebt England durchweg 50 Prozent, während die Vorlage der deutschen Regierung zwar als Höchstmaß auch 50 Prozent fordert, aber schon mit 5 Prozent beginnt. Wer, um nur einige Beispiele zu nennen, einen Vermögenszuwachs von 100 000 Mk. hat, hat in England mindestens 50 000, in Deutschland dagegen nur 6800 Mk. Steuer zu bezahlen. Bei einem Vermögenszuwachs von einer Million Mark würden in England 1/2 Million Mark, in Deutschland — nach der Regierungsvorlage — nur 161 800 Mk. Steuer zu entrichten sein. Wenn gleichzeitig mit dem Vermögen sich auch das Einkommen entsprechend erhöht hat, kann dieser Beitrag auf das Doppelte steigen. Aber auch dann bleibt er noch weit hinter den in England beschlossenen Sätzen zurück.

Es ist notwendig, auf diesen Unterschied hinzuweisen; einmal, weil die Kapitalisten schon über unerträgliche Belastung greinen, dann, weil auch in der Begründung der Regierungsvorlage die niedrigen Sätze damit begründet werden, daß es bedenklich sei, wenn man den Unternehmungsgeist und die Arbeitsfreude der deutschen Gewerbetreibenden durch allzu scharfe Steuermaßnahmen unterbinden wollte. Einer ähnlichen Auffassung hat auch der Reichsfinanzsekretär Dr. Helfferich im Reichstag bei der Begründung der Regierungsvorlage Ausdruck gegeben. Diesen Versicherungen — die sonderbarerweise auch in einem Teil der Arbeiterpresse aufzufinden — die Tatsache der ungleich höheren Belastung der Kapitalisten in England gegenüberzustellen, ist in mancher Hinsicht nützlich und notwendig; wie notwendig, das zeigt der zweite Teil der neuen Steuervorlage.

Während die Erträge der Kriegsgewinnsteuer in ihrer Höhe unüberschaubar sind, werden die voraussichtlichen Erträge der vorgeschlagenen laufenden Steuern auf rund 480 Millionen Mark jährlich geschätzt. Es sollen bringen: eine Steuer auf Düngemittel 40 Millionen, eine Steuer auf Frachtkosten 80 Millionen, eine Steuer auf Postwerkzeuge 200 Millionen und eine Erhöhung der Abgaben auf Tabak 160 Millionen Mark. Die drei letztgenannten Steuern sind sogenannte Verkehrssteuern. Als solche belasten sie naturgemäß die Arbeiter direkt weniger als diejenigen Kreise des Volkes, die kapitalistisch gesehen — Handel und Verkehr tragen. Immerhin wird die Verteuerung der Postwerkzeuge — die Postkarte soll künftig 7 statt 5 Pf., ein einfacher Brief 15 statt 10 Pf. kosten —

auch manchen Arbeiterhaushalt empfindlich belasten. Auch die organisierten Schöpfungen der Arbeiter — Gewerkschaften, Konsumvereine usw. — werden erhebliche Summen abführen müssen. Unkritisch ist die Steuer allerdings in ihren direkten Wirkungen auf die Arbeiter nicht; jedoch werden sie mittelbar leiden dadurch, daß die direkt Betroffenen versuchen, die Steuer durch Preiserhöhungen oder andre Maßnahmen auf die Warenverbraucher abzuwälzen. Ob und in welchem Ausmaß das geschehen kann, ist jedoch nicht abzusehen.

Weit bedenklicher noch ist die geplante Belastung des Tabaks. Der Tabak wird allerdings in fast allen Ländern als geeignetes Steuerobjekt angesehen, und besonders auch in Deutschland hat man schon manche Steuerschüssel mit Tabakabgaben geschnitten. Die Regierung behauptet allerdings in ihrer Steuerdenkschrift, in Deutschland seien die Abgaben auf Tabak geringer als in vielen andern Großstaaten; sie führt dafür auch Zahlen als Beweis an. Von anderer Seite sind jedoch diese Zahlen als sehr anfechtbar bezeichnet worden. Wie dem aber auch sei, die Neubelastung des Tabaks mit rund 160 Millionen Mark muß zu einer erheblichen Verteuerung der Zigarren, Zigaretten usw. führen. Diese Verteuerung wird aber, obgleich die besten Tabake höher besteuert werden, zum weitaus größten Teil von den weniger bemittelten Volksschichten getragen werden müssen. Nicht weil diese mehr rauchen, sondern weil sie die übergroße Mehrheit der Bevölkerung bilden. Man kann allerdings einwenden: Tabak ist ein entbehrliches Genussmittel; wer die Mehrbelastung nicht tragen kann oder will, muß weniger rauchen. Sobald aber dieser Rat allgemein befolgt wird, sinkt der Verbrauch und damit die Steuereinnahme, und die ganze Tabaksteuer wird ein Schlag ins Wasser.

Die Verbrauchseinschränkung wird aber eine Verdrängung von Arbeitskräften zur Folge haben, die deshalb besonders fühlbar ist, weil in der Tabakindustrie sehr viel körperlich beschäftigte oder doch nicht voll leistungsfähige Arbeitskräfte beschäftigt werden. Die Arbeiter der Tabakindustrie haben denn auch gegen die geplante Tabaksteuer schon ganz entschieden Front gemacht. Sie wehren sich in einer gemeinsamen Eingabe an die Regierung gegen diesen Teil der Steuervorlage. Auch die Fabrikanten und die Händler verworfen den Plan der Regierung. Ob die Abwehr Erfolg hat, wird die nächste Zeit lehren.

Sehr viel Hoffnung, daß es gelingen könnte, die Vorlage der Regierung wesentlich zu verbessern, haben wir nicht. Die bürgerlichen Parteien haben keinen Grund, der Regierung wegen dieser Steuervorlage zu grübeln, und die Sozialdemokratie hat sich durch ihren inneren Zwist als politischer Faktor nahezu ausgeschaltet. Norderdies steht es ihr auch in dieser Frage an der nötigen Einigkeit und Geschlossenheit. Während der eine Flügel praktische Politik um jeden Preis verhindern will und deshalb von vorneherein feuerfeindlich ist, bemüht sich der andre Flügel, praktische Politik um jeden Preis zu machen und geht dabei auch an die neue Steuervorlage allzu unkritisch heran. Dabei findet der schon erwähnte Standpunkt der Regierung, daß man den Besitz nicht allzu hoch belasten dürfe, überraschend viel „Verständnis“. So heißt es z. B. in einem Artikel, der durch einen Teil der Arbeiterpresse geht, von der Kriegsgewinnsteuer, sie sei zwar „hoch bemessen, aber doch nicht so hoch, daß gleichsam die Triebfeder zu neuen Schöpfungen aus dem Mechanismus unserer Kriegswirtschaft ausgeschaltet wird“. Wer mit einer Beforgnis, wie sie in diesem Satz ausgedrückt wird, an die Steuerbeschaffung herangeht, kann naturgemäß an der Regierungsvorlage nicht allzuviel aussetzen.

In dem erwähnten Artikel heißt es, man dürfe sich nicht auf den Standpunkt stellen: „Die Arbeiter haben den Krieg nicht gewollt und deshalb auch keine Veranlassung, für die durch ihn entstandenen Kosten aufzukommen.“ Es soll hier nicht untersucht werden, ob sich ein solcher Standpunkt überhaupt begründen läßt. Das ist nämlich ganz nebensächlich deshalb, weil er sich bestimmt nicht durchsetzen läßt. Die Kosten dieses Krieges sind so hoch, daß die Besitzenden allein sie gar nicht tragen können, selbst wenn man sie dazu verpflichten wollte. Diese Auffassung haben wir schon vertreten, als die Steuervorlage noch nicht in Ausprache stand und ein Teil der Arbeiterpresse noch — über England witterte, weil dort Kriegssteuern eingefordert wurden. Wir schrieben damals: „In keinem Lande wird die Arbeiterklasse frei ausgehen, wenn die Kosten dieses Krieges verteilt werden. Vor allem in Deutschland nicht. Einige deutsche Gewerkschaftsblätter haben in eigenartiger Verkennung der Verhältnisse gegen die neuen englischen Steuern ebenfalls Einwände erhoben, weil sie „der gegenwärtigen Generation zu all den kaum fassbaren Riesenspenden an Gut und Blut, Leben und Gesundheit, zu den Wunderpreisen für die notwendigsten Lebensmittel auch noch riesige direkte und indirekte Steuern auferlegen“. Dieser Einwand geht von der Voraussetzung aus, daß die materiellen Lasten des Krieges ausschließlich der Zukunft auferlegt, also selbst die Zinsen der Kriegsanleihen durch Anleihen aufgeschwemmt und obendrein — das würde die logische Folge — die Kosten der Kriegshinterbliebenen und Kriegsbekinderten durch neue Anleihen gedeckt werden sollen. Eine solche Finanzpolitik würde aber unweigerlich in ganz kurzer Zeit zum Bankrott führen. Soll sich der Einwand aber nur gegen die Belastung der arbeitenden Bevölkerung richten, so ist er gewiß grundsätzlich berechtigt, aber praktisch völlig unbeachtlich. Es

hat gar keinen Wert und es macht gar keinen Eindruck, den Unentwegten herauszuleihen und jede Belastung der Arbeiterschaft durch neue Steuern zu bekämpfen. Wohl aber müssen wir mit allem Nachdruck kämpfen gegen die ungerechte Belastung des arbeitenden Volkes durch indirekte Steuern und für die denkbar weitestgehende Heranziehung des Besitzes.“ Diese Ausführungen zeigen, daß wir nicht zu den „Unentwegten“ gehören, die für jede Tagesforderung irgendeine Formel zur Hand haben, an der sie ihr Verhalten nachprüfen. Gleichwohl müssen wir sagen, daß die Steuervorlage der Regierung die allerentschiedenste Abweisung verdient. Nicht, weil sie die Arbeiter überhaupt belastet, sondern weil sie die Besitzenden viel zu wenig belastet, weil sie, statt die Steuerleistung nach dem Einkommen und dem Vermögen abzustufen, wiederum — abgesehen von der Kriegsgewinnsteuer — nur die Schichten und in ihrer Wirkung höchst ungerechten indirekten Steuern bringt.

Allerdings kann sich die Regierung darauf berufen, daß den indirekten Steuern in der letzten Zeit viele Lobredner erstanden sind. Man sagt, die erforderlichen Summen seien so hoch, daß es nicht mehr möglich sei, sie durch direkte Steuern aufzubringen. Dagegen wäre zunächst einzuwenden, daß die jetzt angeforderten 500 Millionen Mark spielend durch direkte Steuern aufzubringen sein müssen. Aber auch der zehnmal höhere Betrag, der nach dem Kriege notwendig sein wird, kann ebenso gut oder besser direkt als indirekt aufgebracht werden. Denn indirekte Steuern erschließen doch keine neuen Geldquellen, holen doch kein Geld aus der vierten Dimension, zaubern doch keine Summen aus leeren Taschen! Die Steuern können immer nur aus dem Gesamtvermögen oder Gesamteinkommen des Volkes genommen werden, ganz gleich, ob man direkt oder indirekt schöpft. Der Unterschied liegt nur darin, daß die Träger der direkten Steuern erkennbare Personen, die der indirekten aber unbestimmte Kreise des Volkes sind. Eine Entlastung der Besitzenden bilden indirekte Steuern nur dann, wenn sie auf die beschäftigten Volksschichten abgewälzt werden können. Weil das aber meist der Fall ist, deshalb die Vorliebe der Kapitalisten und Regierungen für indirekte Steuern. Diese Vorliebe ist deshalb auch durchaus nicht verwunderlich. Aber daß diese Vorliebe auch Kreise und Personen ergreift, die es mit Recht weit von sich weisen würden, die Interessen der Besitzenden zu vertreten, ist weniger verständlich.

Wohlverstanden: es ist nicht unsere Auffassung, daß die Arbeiterschaft von allen materiellen Kriegslasten frei bleiben kann, wohl aber können wir fordern, daß die Besitzenden den im Verhältnis zu den kommenden Lasten geringen Betrag, der jetzt angefordert wird, übernehmen und daß auch späterhin die aufzubringenden Summen nach dem Vermögen und dem Einkommen abgestuft und nicht auf Umwegen und unter Schonung des Besitzes eingeholt werden. Gegen diese Grundforderung einer gerechten Steuerpolitik verstoßt die Vorlage der Regierung, und deshalb hoffen wir, daß die Vertreter der Arbeiterschaft im Reichstag für den Ausbau der Kriegsgewinnsteuer, aber gegen die geplanten Verkehrs- und Verbrauchssteuern eintreten.

### Pflege der Gelben im Schutze des Burgfriedens.

Als kurz nach Kriegsausbruch der nationale Eifer hohe Bogen schlug und allen inneren Hader und Zwist verdeckte, als selbst die „Arbeitgeber-Zeitung“ Worte der Verpöndigung und Verhöhnung fand, hoffte gar mancher, daß von dieser Stimmung nicht wenig über den Krieg hinaus gerettet werden könnte. Als gar der Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie öffentlich mitteilte, daß er seine Tätigkeit einstellen und seinen Verwaltungsapparat für Kriegswirtschaftszwecke zur Verfügung halte, wurde das geradezu als ein Symbol für die Befestigung der politischen Sitten betrachtet. Von den Unternehmern und ihren Organisationen aber erhoffte man eine grundsätzliche andre Bewertung und Behandlung der Gewerkschaften, vor allem die vorurteilvolle Anerkennung der Organisationen als betriebs Vertretung der Arbeiterinteressen.

Inzwischen ist manches anders geworden. Die Unternehmer haben im allgemeinen sehr wenig Reue zum Untertan gezeigt, und ihre maßgebenden Organisationen haben wiederholt und unwiderruflich zum Ausdruck gebracht, daß sie in den Gewerkschaften nicht eine notwendige Einrichtung, sondern ein überflüssiges Uebel sehen, dessen Bekämpfung sie sich nach wie vor angelegen sein lassen wollen. Auch der Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie hat seine Tätigkeit teilweise wieder aufgenommen und ist bemüht, den alten Hader wieder zu spannen, d. h. die Partei und die freien Gewerkschaften mit gleichem Eifer zu bekämpfen. Insbesondere scheint er sich jetzt der gelben Werkvereinsbewegung annehmen zu wollen. Mit einem Zweck derselben, dem sogenannten „Bund vaterländischer Arbeitervereine“, steht er allerdings schon seit langer in enger Fühlung; neuerdings scheint er aber auch die Berliner und die Essener Richtung der Gelben unter seinen väterlichen Schirm nehmen zu wollen. Darauf deutet wenigstens eine Rundgebung hin, in der die Königsberger Ortsgruppe des Reichsverbandes über seine Tätigkeit berichtet. Darin heißt es:

Der Bund Vaterländischer Arbeitervereine verdankt seine Entstehung dem Reichsverbande, und schon Jahre hindurch betonen wir, daß der Wirtschaftsfriede zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer die Grundlage des Aufstiegs aller schaffenden Stände und somit der Nationalwirtschaft ist.

Es war vorauszu sehen, daß der sogenannte Burgfriede von den Gegnern der Arbeiterbewegung als Beweis für die Abhängigkeit und Hilflosigkeit des Wirtschaftsfriedens ins Feld geführt werden würde.

Die Begründung hat jedoch ein Loos, und zwar ein recht großes. Die kritische Zeit des Burgfriedens hat den Arbeitern — darüber dürfte sich in den Reihen der Selben kein Zweifel sein — eine ganz gewaltige Verschlechterung der Lebenshaltung gebracht, weil die Löhne nicht annähernd so gestiegen sind wie die Lebensmittelpreise.

Den Arbeitnehmern ist das durchaus bekannt. Sie wissen, daß die Lebenshaltung der Arbeiter im Laufe des Krieges gesunken ist, und sie bestreiten nicht, daß dies der Fall ist.

Unterstützt durch die Partei, die sich zum Beitritt in der Reichsverein der Frau Arbeiter u. Arbeiterinnen, D. V. A., hat sich die Partei, auch einer ihrer wichtigsten Organisationsorgane anzugehören.

**Aus der Industrie**

**Ziel und Wirkungen der Zuckerpreispolitik.**

Vor einiger Zeit (in Nr. 2, 1916 des „Fol.“) haben wir eingehend berichtet über die Beziehungen der Zuckerrubrikanten, die gesetzlich festgelegten Normen für Rohzucker von 12 auf 15 Mt. zu bringen.

weiteren Preiserhöhung angeführten Gründe nichts weniger als stichhaltig sind. Genützt hat das alles natürlich nichts. Die Zuckerrubrikanten haben ihre beantragte Erhöhung im vollen Umfange erhalten.

Die Geschichte der Kriegszuckerpolitik ist reich an Ueberwachungen, Eigentümlichkeiten und unverständlichen Maßnahmen. Nach Kriegsausbruch wurde die Ausfuhr zunächst verboten, um das feindliche Ausland in die Verlegenheit des Zuckermangels zu bringen.

Die Gerechtigkeit fordert, anzuerkennen, daß die Regierung in einer sehr schwierigen Lage war. Der Krieg hatte die Erzeugung- und Absatzmöglichkeiten verändert und ein halbwegs sicheres Urteil über die Zukunft unmöglich gemacht.

Su dem eingangs erwähnten Artikel haben wir schon darauf hingewiesen, daß die Verzögerungen der Zuckerrubrikanten, die neue Preiserhöhung sollte den Rübenbauern zugute kommen, deshalb ein demagogischer Trick ist.

Weil nun aber Zuckerrubrikanten und Rübenbauern im wesentlichen dieselben Personengruppe sind, ist es nur billig, wenn wir die riesigen Gewinne der Zuckerrubrikanten anführen als Beweis dafür, daß es auch den Rübenbauern nicht schlecht geht.

Es fragt sich nun aber noch sehr, ob denn die Erhöhung der Zuckerpreise die erwartete Ausdehnung des Rübenbaues zur Folge haben wird. Man könnte hier auch noch die Vorfrage einschalten, ob denn eine solche Ausdehnung im Interesse der Volksernährung erwünscht ist.

Es fragt sich nun aber noch sehr, ob denn die Erhöhung der Zuckerpreise die erwartete Ausdehnung des Rübenbaues zur Folge haben wird. Man könnte hier auch noch die Vorfrage einschalten, ob denn eine solche Ausdehnung im Interesse der Volksernährung erwünscht ist.

einen hohen Nutzen gewährenden Rübenpreis, der in den letzten Jahren üblich war. Die angekündigte Preiserhöhung kann diese für die Einschränkung des Zuckerrübenbaues wirkenden Ursachen nicht beheben und wird deshalb zu einer wesentlichen Vermehrung des Anbaues auch nicht führen.

Die Wochenberichte über die Anbauaussichten geben das schon offen zu. In einem Gesamtbericht für die Zuckerrubrikanten vom 12. Februar d. J. heißt es: „Das eine scheint festzustehen, daß mit einem Mehranbau von 20 oder sogar 30 v. H., wie man ihn für sehr wünschenswert hielt, nicht mehr zu rechnen sein wird.“

Die ganze Preiserhöhung erweist sich danach als wirkungslos, insofern sie den Zuckerrübenbau fördern soll. Ihre ganze Wirkung besteht nur darin, daß der Bevölkerung ein immerhin wichtiges Nahrungsmittel zugunsten einer Handvoll Unternehmer veräußert wurde.

**Die „Continental“ im Kriegsjahre 1915.**

Das größte und gewinnbringendste Unternehmen der Gummiindustrie ist die „Continental-Gummi- und Guttapercha-Fabrik“, Hannover. Im Jahre 1871 wurde das Unternehmen mit einem Aktienkapital von 900 000 Mt. gegründet — heute „arbeitet“ es mit 15 Millionen Mark Aktienkapital, mehr als 25 Millionen Mark Reserven und einigen Millionen Mark Leihkapitalien.

Die Ergebnisse dieses Unternehmens sind seit langen Jahren enorm hoch. In den letzten 25 Jahren war der niedrigste Dividendenfuß 27 Prozent, in den letzten 10 Jahren vor Kriegsausbruch sank er nur einmal unter 40 Prozent.

Mit Ausbruch des Krieges wurde die Lage für die Gummi-Industrie zunächst unübersichtlich. Es ließ sich nicht übersehen, wie die Unterbindung der Rohstoffzufuhr und des Auslandsabzuges wirken würde. Bald zeigte sich jedoch, daß die großen Vorräte bei geeigneter „Erziehung“ lange Zeit ausreichen, und für den gesperrten Auslandsmarkt fand sich ein zahlungswilliger und zahlungswilliger Abnehmer in der Heimatverwertung.

Genaues über die Zusammenfassung und Verteilung des Gewinnes erfährt man aus dem offiziellen Geschäftsbericht nicht. Die Continental gehört zu den Unternehmungen, die sich nicht „in die Karten sehen“ lassen wollen, und die deshalb ihren Bericht so zusammenstellen, daß Uebersicht über das tatsächliche Ergebnis keinen Ueberblick über die Finanzregelung des Unternehmens gewinnen können.

Weniger wichtig ist die Leistung der Continental mit den Mitteilungen über ihre Leistungen auf dem Gebiete der Arbeiterschulung.

Table with 2 columns: Insurance type and amount. Includes Krankversicherung (45 110,34 Mt.), Unfall- u. Lebensversicherung (33 440,89 Mt.), and Unfallversicherung (68 891,00 Mt.). Total: 147 442,23 Mt.

Wenn diese Summen, zu deren Leistung die Gesellschaft geistlich verpflichtet war, gut für noch 301 990 Mt. freibleibig für Arbeiterwohlfahrt ausgegeben. Darunter befinden sich 20 000 Mt., die dem gelben Arbeiterverein überwiesen wurden.

Arbeiterwohlfahrt ist die Kriegsjahresfrage der Continental. In den fünf Kriegsmontaten des Jahres 1914 wurden damit 392 197 Mt. angewendet, im Jahre 1915 sogar 1 679 326 Mt. Da jetzt laufend 3070 Familien mit 4452 Kindern unterstützt werden, läßt sich erwarten, daß der Unterstützungsbeitrag pro Familie recht erheblich ist.

Die Angelegenheiten des Unternehmens sind nach dem Bericht gut. Rohmaterialien sind noch vorhanden oder werden durch andere Stoffe ersetzt, so daß ein Mangel, selbst in weitgehender Ferne, nicht eintreten kann.

Das Bombengeschäft amerikanischer Pulverfabriken.

In einem amerikanischen Blatt schilderte kürzlich ein Herr George Froebel anschaulich den Vorgang der Geschäfte, den der Krieg, einem Teil der amerikanischen Industrie gebracht hat. Als treffliches Beispiel führt er die Schießpulverfabriken der Firma Du Pont an, die nach zuverlässigen Angaben bisher Aufträge im Gesamtbetrage von nicht weniger als 320 Millionen Dollar (rund 1350 Millionen Mark) erhalten haben. Am 1. Oktober d. J. schätzte diese Gesellschaft eine Produktion von 200 Millionen aus, d. h. jede Millie erhielt in diesem Jahre das Doppelte ihres Normalbetrages zugeteilt. Das trieb die Aktien von 129 Dollar vor dem Kriege auf 750 empör. Die Firma besitzt heute fünf große Fabrikanlagen, die in acht amerikanischen Bezirken fast über Nacht ganze Städte aus dem Nichts entstehen ließen. So zählt Appoval, das erst während des Krieges gegründet wurde, jetzt 18000 Einwohner, Du Pont City 20000, Carnegys Point 3500, Penns Grove auch von 2000 auf 5000 an, City Point von 200 auf ebenfalls 5000 Einwohner. Die Anlagen in Virginia (City Point, Sperryville und Du Pont City) allein umfassen 210 Fabrikgebäude, die monatliche Produktionsmenge beträgt etwa 18 Millionen Dollar. Diese Werte vermögen täglich 920 000 Pfund Schießpulver zu liefern und sind mit Aufträgen für fast ein Jahr versehen. Die Werte in Carnegys Point liefern täglich 730 000 Pfund rauchloses Pulver; da der Herstellungspreis etwa 50 Cent beträgt, das Pfund aber um 1 Dollar abgenommen wird, beträgt der Gewinn aus diesem Geschäft allein täglich 365 000 Dollar. Da Lohn es sich, daß einzelnen geschäftlichen Arbeiter Tageslöhne bis 10 und 20 Dollar (40 bis 80 Mk.) gezahlt werden. In Deutschland, wo das Geschäft mangler Pulverfabriken nicht viel schlechter ist, werden allerdings solche Produktionsmengen kaum für eine ganze Arbeitswoche gezahlt.

Wer trägt die Verantwortung?

Wie im "Proletariat" im vergangenen Jahre bereits mitgeteilt wurde, hatte die Aktien-Gesellschaft für Maschinenpapierfabrikation in Wschaffenburg, eines der größten Papier- und Zellstoff-Unternehmen, nachdem sie jahrelang regelmäßig 8 Prozent Dividende verteilt hatte, im Geschäftsjahre 1914 eine Unterbilanz von rund 8 1/2 Millionen Mark zu verzeichnen. Im Jahre vorher erreichte die Gesellschaft bei einem Aktienkapital von 12 Millionen Mark noch 386 000 Mk. Gewinn. Der Zusammenbruch des Unternehmens kam deshalb nicht nur der Verantwortlichkeit, sondern auch den Aktionären, ja selbst der Aufsichtsratsmitglieder unvorbereitet. Die Schuld an der so rapid gesunkenen Rentabilität des Unternehmens wurde in der damaligen Generalversammlung dem kaufmännischen Direktor und jetzigen stellvertretenden Geschäftsführer des Vereins deutscher Zellstoff-Fabrikanten, dem Kommerzienrat Franz Desauer in Wschaffenburg, in die Schuhe geschoben, der durch hohe finanzielle Investitionen an schwach fundierten Unternehmungen den Ruin der Gesellschaft herbeigeführt haben soll. Desauer bestritt in der Generalversammlung jede Schuld und betonte, nur im Interesse der Gesellschaft gehandelt zu haben. Die Generalversammlung beschloß, gegen Kommerzienrat Desauer die Schadenersatzklage einzureichen und gleichzeitig eine Revisionskommission einzusetzen, die den Ursachen des Zusammenbruchs nachzugehen solle.

Diese Kommission hat nun ihren Bericht herausgegeben, der sich über die technische und kaufmännische Seite des Unternehmens äußert. Nach Ansicht der Revisionskommission hätte schon im Geschäftsjahre 1912 keine Dividende mehr verteilt werden dürfen mit Rücksicht auf die vielfach schwachen Debitoren und die ungünstigen Börsen- und Wechselverhältnisse. Im folgenden Jahre bestand sich die Gesellschaft ebenfalls noch in Gebührengleichheit, zumal die Banken, an die die Gesellschaft schon stark verschuldet war, sich weigerten, die Mittel zur Auszahlung der Dividende zur Verfügung zu stellen. Den eifrigen Bemühungen des Kommerzienrats Desauer gelang es noch im letzten Moment, eine neue Bankfirma zum Beitritt in das Bankenkonzern zu gewinnen, die dann auch einen Kredit in Höhe von 600 000 Mark bereit stellte. Der Bericht des Kommerzienrats Desauer ist eine solche Art des Vorgehens, durch das die Verpflichtungen der Gesellschaft abgemildert wurden.

Über die Forderungen des Berichtes der Revisionskommission ist folgendes zu sagen: Die Anlagen in Wschaffenburg, Stollberg, Hofham, Wemel und Niederfeld sind gutgehend betrieben; die Anlagen der Südtiger Papierfabrik und der Dürener Papierfabrik sind zu hoch bewertet. Bezüglich der erwähnten Firmen kann von einer Negativpflicht nicht die Rede sein. Die andern beiden, die nicht der direkten Verantwortlichkeit der Wschaffenburg-Fabrik unterliegen, da sie selbständige juristische Personen sind, lassen beide in kaufmännischer, die Dürener Fabrik auch in technischer Beziehung zu wünschen übrig.

Der Bericht führt dann weiter aus, daß die Firma unter niedrigen Preisen zu leiden hatte, die durch eine fortwährende Steigerung der Produktion, unter der nur allein die Arbeiterkraft zu leiden hatte, und durch Herstellung neuer Papiermaschinen verursacht werden sollten. Dieses Verhalten habe zur Folge, daß die zahlungsfähigen Papierfabrikanten dem Unternehmen den Rücken kehrten und ihren Zellstoff von fremden Firmen bezogen, von denen sie keine Konkurrenz auf dem Papiermarkt zu befürchten hatten. Die noch kreditverweigernden Banken wurden durch Anlagerung von Geld- und Kreditverweigerungen zu halten gesucht. Der Direktor Desauer, der diese Finanzpolitik betrieb, mußte die im Aufsichtsrat etwa dagegen aufzustehen Bedenken jedesmal zu zerstreuen, ein weitgehender Optimismus erfüllte ihn. Eigentümlicherweise beauftragte die Deutsche Treuhänder-Gesellschaft, der die Revision oblag, niemals dieses Verfahren. Bezüglich der Südtiger Papierfabrik leitete die Revisionskommission mit, daß die Entwicklung dieses Betriebsstandes dieser Firma in den Büchern so aussah, als ob dem Aufsichtsrat und wohl auch den Aktionären die Höhe der Forderungen an Fiskus verheimlicht werden sollten.

Was schließlich Wschaffenburg wohl mit dem Erwerb der Oberbayerischen Papier- und Zellstoff-Fabriken, A.G., in Niederfeld und am Baum bei Wiesbad herbeigeführt. Dieses Unternehmen, das für 750 339 Mark mit Hilfe der Wschaffenburg-Bank erworben wurde, besaß die Wschaffenburg-Gesellschaft schon mit 10 Millionen Mark, wovon allein 7 Millionen Mark auf Verbindlichkeitsverpflichtungen entfielen, die Wschaffenburg beim Erwerb der oberbayerischen Aktien gegen die Wschaffenburg-Bank eingegangen ist. Diese Transaktion ist auch der Revisionskommission aufgefallen, sie will ausdrücklich aber niemand direkt belasten, weshalb sie ihre Ansicht darüber folgendermaßen zusammenfaßt: Die Kommission war nicht in der Lage, nachzuweisen, welche Einwirkungen von Dritten Personen auf die Entscheidungen der damaligen Direktion der Aktien-Gesellschaft für Maschinenpapierfabrikation ausgegangen sind, und die die Direktion dahin bestimmt haben, dem Aufsichtsrat die Genehmigung zum Erwerb zu drängen aus Herz zu legen und so darzustellen, daß der Aufsichtsrat eigentlich keinen Anstand nehmen konnte, diesem Erwerb zuzustimmen. Dem er der Aufsichtsrat konnte nach den Ausführungen der Direktion, die er nach ihren früheren Erfolgen für unbedingt zuverlässig und vertrauenswürdig halten durfte, annehmen, die Oberbayerische Zellstoff-Fabrik werde solche Ergebnisse liefern, daß jedenfalls die Gewinne nicht oder doch nur in geringem Maße in Anspruch genommen würden. Gerade der Umstand, daß die Übernahme der Oberbayerischen Zellstoff-Fabrik ein solcher Erfolg gewesen ist, legt die Vermutung nahe, daß eben dritte, unberechtigte Einwirkungen mitgespielt haben. Der Kommission stehen rechtliche Befugnisse nicht zu, um nach dieser Richtung weitere Ermittlungen einzuleiten. Das in Aussicht gestellte Vorgehen des Aufsichtsrates der Oberbayerischen Zellstoff-Fabrik wird jedenfalls zur weiteren Klärung der damaligen Vorgänge beitragen.

Nach einer abschließenden Prüfung der Bilanz kommt die Revisionskommission zu dem Ergebnis, daß im großen und ganzen der Erwerb verheißt, daß ein optimistischer Direktor Aktien eingang, die bei unzureichender Beobachtung unbedingt in diesem Maße hätten beizubehalten werden müssen. Da die Gesellschaft ein Klageverfahren gegen Direktor Desauer angehängt hat, so hält es die Kommission für richtig, diesem Verfahren mit ihrem Urteil nicht vorzugreifen. Was die Mitglieder des Aufsichtsrates anlangt, so muß einerseits gesagt werden, daß sie eine große Vertrauenswürdigkeit ihrer Direktion gegenüber an den Tag gelegt haben, die, wie sich herausgestellt hat, durch den Erfolg nicht gerechtfertigt worden ist. Besonders wichtig ist in diesem Zusammenhang die Frage, ob der Aufsichtsrat es an der nach dem Gesetz erforderlichen Überwachungs-pflicht hat mangeln lassen, da selbst bei sorgfältiger Prüfung und Überwachung der Geschäftsvorgänge kaum ein Erfolg des Aufsichtsrates leicht verfehlt werden wird, wenn die Direktion von dem Betreuer geleitet ist, dem Aufsichtsrat wesentliche Geschäftsvorgänge zu verheimlichen.

Insoweit Herr Kommerzienrat Desauer an dem Zusammenbruch der Gesellschaft Schuld trägt, muß er endgültig der gegen ihn angehängten Probe ergeben. Nach den Ergebnissen der Revisionskommission kann der Wschaffenburg-Direktion der Vorwurf des leichtfertigen Handelns kaum erpart bleiben.

Für die Arbeiterschaft ist besonders von Interesse, daß durch fortwährende Steigerung ihrer Leistungsfähigkeit der Betrieb verunfallt gehalten werden sollte, und daß auf ihre Kosten der Firma ein Kampf mit Konkurrenzpreisen ermöglicht wurde. Wir haben auf diese Tatsachen schon immer aufmerksam gemacht. Trotzdem blieb uns der Vorwurf der "agitativen Arbeiterbewegung" nicht erspart. Nachdem nun, leider zu spät, auch von Unternehmerseite diese Tatsachen festgestellt wurden, ist zu hoffen, daß die Firma eine andre Preispolitik einschlagen wird, an der auch die Arbeiter durch Erhöhung ihrer niedrigen Löhne teilhaben sollten.

Ein Opfer der schlechten Betriebsbedingungen.

In der letzten Nummer des "Proletariat" teilten wir in einer kurzen Notiz mit, daß die Arbeiterin Anna Thier in der Pappfabrik von Andreas Speigler in Trachenau schwer verunglückt sei. Auf unsere Nachfrage über die Ursachen dieses bedauerlichen Unfalls, belamen wir ein Bild von der technischen Einrichtung dieses Betriebes, das für den Besitzer der Fabrik wenig schmerzhaft ausgefallen ist. Am Interesse der dort beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter, deren Leben und Gesundheit durch die traurigen Betriebszustände leichtfertig aufs Spiel gesetzt werden, wollen wir die Ursachen des Unfalls etwas ausführlicher schildern in der Hoffnung, daß die Gewerbeaufsichtsbehörde dadurch veranlaßt wird, sich den Betrieb etwas näher anzusehen.

Die verunglückte Arbeiterin war mit noch einigen Kolleginnen beauftragt, die geschnittenen und angefeuchteten Lumpen auf ein Transportband zu legen, durch das dieselben nach dem Holländerraum zur Wählung befördert werden. Durch den jahrelangen Gebrauch hat sich der Transportriemen auf die Hälfte seiner ehemaligen Breite abgeflacht. Da aber trotzdem dieselben Lumpenmassen wie früher befördert werden sollen, hängen diese über die Ränder des Riemens. Hierbei wickeln sich die Lumpen, öfters um die Förderrollen, wodurch eine Verlangsamung des Betriebes, nicht selten auch eine Störung eintritt. Die Arbeiterinnen versuchen dann durch Ziehen oder Schieben den Lauf des Riemens zu beschleunigen. Hilft dieses nicht, so müssen die Lumpen von den Förderrollen entfernt werden. Die Arbeiterinnen bestreuen, ausgerüstet mit einer Stange, eine Leiter und versuchen das Hindernis zu beseitigen. Da die Leiter keine Halten besitzt, rutscht sie ständig auf der Transportbahn hin und her, erschwert das Arbeiten und gefährdet das Leben der Arbeiterinnen. Nach dem Unfall wurde die Leiter unten mit Stricken befestigt, eine Maßnahme, die ein Vorkommen der Leiter nur wenig verhindert. Wahrscheinlich konnte die Arbeiterin das Laufhindernis mit der Stange nicht entfernen und verfuhr deshalb mit den Händen zu erreichen. Dabei wurden die Finger der Arbeiterin von einem Stachel, der vorwärtsrutschte, mit einer hervorstechenden Stelle in der Hand verletzt. Nachdem ihr sämtliche Kleider, bis auf die Pulswärmer, vom Leibe gerissen waren, fiel sie rauf auf die Erde. Die Bedauernde, die glücklicherweise noch mit dem Leben davon gekommen ist, hat sich das Bein zweimal gebrochen, während das andere schwer gequetscht wurde.

Die Schuld an dem Unfall trifft die Firma insofern, als sie nicht für die Erhaltung der Stützstruktur sorgte. § 30 der Unfallversicherungs-Vorschriften der Papiermacher-Berufsgenossenschaft bestimmt: "Vorstehende Stützen an Stellungen und Kuppelungen sowie vorstehende Räder oder Keilräder an bewegten Maschinen sind zu entfernen oder glatt zu überkleiden." Das muß wohl auch der Firma bekannt sein. Ueberdies wäre es besser, bei solchen Störungen den Transportriemen abzuschleifen, statt die Arbeiterinnen zu fortwährend höheren Leistungen zu treiben und ihnen den Vorwurf der Faulheit zu machen. Auch sonst scheint in diesem Betriebe die Arbeiterschaft gegen Unfälle nur mangelhaft geschützt zu sein. Sonst dürfte es nicht vorkommen, daß in einem Werke die Rede herumtrübt oder ein Arbeiter durch den Zufallstod trübt, weil der Zufall nicht war.

Der angeführte Unfallfall zeigt erneut, wie gefährlich es ist, Arbeiterinnen selbst an langsam laufenden Maschinen und Apparaten selbständig arbeiten zu lassen. Um so mehr muß dem Ansinnen verschiedener Papierindustrieller, die Arbeiterinnen an schnelllaufenden Maschinen zu beschäftigen, mit aller Entschiedenheit entgegengetreten werden. Leben und Gesundheit der Arbeiterschaft muß stets höher stehen, als die Gewinnsucht einiger Unternehmer.

Lohnbewegung in der Berliner Papierindustrie.

Die fortwährenden Preissteigerungen sämtlicher Lebensmittel und der sonstigen im Haushalt dringend benötigten Bedürfnisse, Kleidung, Schuhe, Schuhe usw., wird selbst in jenen erwerbsfähigen Kreisen recht unangenehm empfunden, deren Einkommensverhältnisse wesentlich günstiger liegen als die der Arbeiterklasse. Aus diesem Grunde haben auch die in der Werksratverbände für das deutsche Papiergewerbe und verwandte Bezirke organisierten Arbeiter, Arbeitsgemeinschaften und Betriebsräte der Maschinen-, Kartonagen-, Lucas-, Druckpapier- und der verarbeiteten Branchen in ihrer Mitglieder-Versammlung am 12. Februar einstimmig beschlossen, für alle Angehörigen im Distrikt Groß-Berlin ein Mindestlohn von 220 Mk. für den Monat zu fordern. Während des Krieges bereits gewährte Lohnzuschüsse dürfen als Gehalt nicht in Anrechnung gebracht werden. Der Berliner Arbeitsrat des Verbandes wird unter diesem Mindestlohn keine Stellenangebote mehr vermitteln.

Die Berliner Papierarbeiter wünschen ihren organisierten Betriebsräten in ihrem Streben nach auskömmlichen Gehältern vollen Erfolg. Andererseits hoffen die Arbeiter aber auch, daß ihre Forderungen nach auskömmlichen Löhnen und Arbeitsverhältnissen bei ihren Vorgesetzten volles Verständnis finden. Leider war dies Verständnis bei vielen Betriebsräten zu vermissen. Manche dieser Herren glaubten sich gerade bei Lohnbewegungen verpflichtet, außerordentliche Rücksichtsvollheit zu leisten und ihren Lohn auf die von bessere Arbeitsbedingungen kämpfenden Arbeiter auszurichten.

Jahresbericht des Gaus 4 (Sitz Steffin) für das Jahr 1915.

Unter diesmaliger Geschäftsbericht versteht ein volles Kriegsjahr. Trotzdem — richtig eigentlich — unglücklicher — hat sich in unserem Bezirk eine größere Arbeitslosigkeit nicht bemerkbar gemacht. Im Gegenteil! Eine ganze Anzahl von Hoffstellen, wie: Steffa, Borsig, Kolberg, Köstlin usw., die sonst in normalen Zeiten ganz erhebliche Summen für Arbeitslosenunterstützung ausgegeben haben, haben im Jahre 1915 bedeutend weniger dafür aus. Die verminderte Arbeitslosigkeit ist einmal demnach zurückzuführen, daß immer mehr und mehr unserer Kollegen den kranken Red anziehen mußten, und andererseits daran, daß viele Mitglieder in der Kriegsindustrie Arbeit fanden; dies letztere gilt besonders für unsere Steffiner Kollegen. Steffin hat deshalb auch entsprechend seiner Mitgliederzahl bedeutend weniger für Arbeitslosenunterstützung ausgegeben, als z. B. Kolberg, Köstlin und Schwaan. Im ganzen Gau wurden 21 655,60 Mk. für Arbeitslosenunterstützung ausgegeben gegen 43 751,90 Mk. im Jahre 1914. Das sind 22 096,30 Mk. weniger! Die Summen für Arbeitslosenunterstützung hätten hier und dort noch bedeutend verringert werden können, wenn mancher Kollege Zeit und Gelegenheit benutzt hätte, sich an einem andern Orte eine neue Arbeitsstätte zu suchen. — Allerdings hätte der Fortgang von der heimischen Seite einige Unbequemlichkeiten mit sich gebracht, aber solche Unbequemlichkeiten müssen ja schließlich Tausende von Arbeitern und Arbeiterinnen über sich ergehen lassen, weil am Heimatort für keine Arbeitsgelegenheit findet. Wahrscheinlich müssen Tausende von Arbeitern und Arbeiterinnen aus der Randberger Gegend ihr Bündel packen, weil am Orte, wenn der Herbst beginnt, für keine lohnende Arbeit für sie findet. Also hätte auch mancher Kollege das was in dieser unnormalen Zeit für ein andern Orte lohnende Arbeit suchen können; solche sind ja hier und dort. Andererseits wollen wir anerkennen, daß ein großer Teil unserer Kollegen der Unterstützung der Verbandsleistungen, für anderweitige Arbeit zu suchen, nachgegangen ist. Dadurch wurden Ausgaben für die Kampf-lage gespart. Einige meinen allerdings, es sei ja auch genug Geld in der Tasche und wir brauchen nicht zu sparen. Dicken wollen wir

sei gesagt, daß wir nach dem Kriege noch sehr viel Geld gebrauchen werden.

Die Mitgliederbewegung und Beitragsgleichung waren, gemessen an den heutigen Verhältnissen, noch einigermaßen günstig, wie folgende Tabelle zeigt.

Table with 5 columns: Quartal, Mitgliederzahl, Aufnahme, Abgang, Summe Beiträge, Pro Kopf. Rows for 1. 1915, 2. 1915, 3. 1915, 4. 1915.

Von den 3352 Mitgliedern, die austraten, sind 1923 Mitglieder abgezogen, die zum Militär mußten. Und von dem Rest der Austratenden sind noch abgezogen, die gestorben und abgereist sind, so daß die Zahl der wirklich Austratenden nur sehr gering ist. Die Zahl der Austritte fällt nur deshalb so auf, weil auf der andern Seite die Anzahl der Eintritte nicht so hoch ist, wie in normalen Zeiten. Beitragsmarken wurden im ganzen Jahre 271 249 Stück oder pro Kopf 45,20 Stück umgelegt; gegenüber 479 261 Beitragsmarken oder pro Kopf 45,99 Stück im Jahre 1914. Die Beitragszahlung läßt aber immerhin in einzelnen Bezirken zu wünschen übrig. Berücksichtigt man jedoch die gegenwärtigen Verhältnisse, so kann man im großen und ganzen zufrieden sein. Wir müssen auch bedenken, daß nicht alle unsere Kollegen in der Kriegsindustrie arbeiten und somit einen guten Verdienst haben.

An Erwerbslosenunterstützung bezahlten wir im ganzen Jahre 49 957,05 Mk., an andern Unterstützungen 8165,12 Mk. An die Kriegserkrankten unserer Kollegen wurden zum Weihnachtstfest 23 329 Mk. aus der Hauptkasse und 3806,76 Mk. aus den Lokalkassen gezahlt. Der Bestand der Lokalkassen war am Jahresabschluss 23 164,25 Mk., gegen 31 232,94 Mk. am Schlusse des Jahres 1914.

Alzu bürgriedlich verlief das Gebiet der Lohnbewegungen im Jahre 1915. Nicht etwa deshalb, weil die Kollegen nichts zu fordern hatten. Dazu lagen genügend Ursachen vor, wenn man bedenkt, in wie ungeheurer Weise allein schon die Preise für Lebensmittel stiegen. Folgende Tabelle mag beweisen, wie in unserem Bezirk die Preise für Lebensmittel stiegen. Nach der bekannten kalvinischen Statistik betrug die Ausgabe für die Ernährung einer vierköpfigen Familie:

Table with 4 columns: Ort, Dezember 1914, Januar 1915, Steigerung. Rows for Kolberg, Köstlin, Steffin, Stollberg, Stralsund, Köstlin, Schwaan.

Wenn trotz der aus dieser Zusammenstellung ersichtlichen ungeheuren Teuerung in diesen beiden Städten und Betrieben keine Teuerungszulagen gegeben wurden, so liegt die Schuld nicht allein bei den Unternehmern, sondern auch bei unsern Mitgliedern. Trotz des angebliebenen Bürgriedens wäre es hier oder dort möglich gewesen, Teuerungszulagen zu erreichen, wenn die Mitglieder nur zu ihrer Organisation beigetragen hätten und dieser treu geblieben wären. Hier und dort war man bürgriedlich, weil man glaubte, wenn man nicht streiten konnte, konnte man auch keine Lohnbewegung machen. Das ist ein Irrtum! Die weniger Lohnbewegungen, die im Jahre 1915 von uns gefordert worden sind, beweisen es, daß man auch in dieser bürgriedlichen Zeit Lohnbewegungen führen kann. Dazu ist allerdings Voraussetzung eine starke organisierte Arbeiterkraft, die dann auch so nebenbei ein bißchen Mut beweist. Das ohne Streiks für unsere Kollegen etwas erreicht werden kann, mag durch nachfolgendes bewiesen werden.

Barth: In einer Frühjahrsversammlung wurden den Frauen gleich zu Beginn des Krieges 25 Pf. pro Tag abgezogen, und für Ueberstunden gab es nichts. Die Frauen waren damals zu schwach organisiert, um diesen Abzug abzuwehren. Als nun die Frauen einsehen, daß der Unternehmer aus freien Stücken den Abzug trotz der Teuerung nicht rückgängig machen, organisierten sie auch die letzten im Betriebe. Kammern wurden für sich erst an den Unternehmer selbst, um die alten Löhne wieder zu erreichen, blieben aber ab. Hiermit wurde die Gewerkschaft beauftragt, bei der Firma vorstellig zu werden. Auf zwei Schreiben erfolgte keine Antwort. Das war zwar nicht bürgriedlich, aber echt kommunistisch! Inzwischen hatten wir erfahren, daß dieser Unternehmer aus der Militärverwaltung lieierte und dabei manch netten, zierlichen braunen Schein verdient. Wir wandten uns deshalb an den hiesigen General-Kommandeur und legten unserm Schreiben Abschriften von der Firma bei, die wir an die Firma geschickt hatten. Auch von der Militärverwaltung bekamen wir keine Antwort. Jedoch erfuhren wir von untrer Verwaltung, daß die Frauen wieder ihre alten Löhne bekamen, wie auch eine geregelte Arbeitszeit, und für Ueberstunden einen entsprechenden Aufschlag.

In Grabow erreichten wir durch eine Eingabe bei der dortigen Fabrikindustrie eine Teuerungszulage von 12 Pf. pro Monat, und zwar für alle Arbeiter. — In Farchim reichten wir bei mehreren Unternehmern Forderungen auf Teuerungszulagen ein, die sämtlich von Erfolg gekrönt waren. Es wurden Zulagen von 1 Mk. bis 1,50 Mk. pro Woche und Arbeiter erreicht. — In Büß wurde durch Eingabe bei dem Unter-nehmer Grund eine Teuerungszulage erzielt. — In Rositz ergingen die Arbeiter und Arbeiterinnen der Margarinefabrik Geyer u. Kröger auf Zulagen von uns Teuerungszulagen von 2 bis 3 Pf. pro Woche. — In Köstlin erreichten die Arbeiter der Schneidemühle durch Eingabe eine Teuerungszulage von 5 Pf. pro Stunde. — In mehreren Hoffstellen erreichten die Kollegen durch selbständiges Vorgehen Teuerungszulagen.

In Steffin kam der kommunistische Industriellen-Verband den Arbeitern zuvor, denn er beschloß, seinen Mitgliedern zu empfehlen, den Arbeitern 6 bis 10 Pf. pro Monat Teuerungszulage zu gewähren. Warum kam dieser Beschluß zustande? Nun, ganz einfach! Die Arbeiter wandten sich mehr und mehr der Kriegsindustrie zu. Sollten also nur die übrigen unternehmer Arbeiter behalten, so müßten sie einmal etwas tiefer in ihre Taschen greifen. — Einige Unternehmer gaben nicht bloß diese Teuerungszulagen, sondern darüber hinaus noch eine Zulage von 3 Pf. pro Stunde.

Wenn man nun die Teuerungshäufung von Geier beachtet, so ergibt sich ohne weiteres, daß die bisherigen Teuerungszulagen nicht im entferntesten einen Ausgleich schaffen werden gegenüber der steigenden Teuerung. An unsern Kollegen und Kolleginnen wird es liegen, nachzudenken, trotz des angeblichen Bürgriedens. So darf der Bürgriede nicht aufgeführt werden, daß nur die Arbeiter sich in Zufriedenheit ergehen, und gewisse Personen den Bürgrieden benutzen, um sich die Tasche zu füllen.

Berjamauren zur Hebung der Agitation haben wenig oder gar nicht beigetragen, und zwar aus bestimmten Gründen nicht. Jedoch unsere Kollegen in den Betrieben hätten trotz des Bürgriedens auf dem Gebiete der Agitation mehr tun können. Daß solches trotz des Bürgriedens möglich gewesen wäre, haben vor allem die Kollegen in Grabow in Mollersdorf bewiesen. — An Stoff für mündliche Agitation mangelt es doch wahrhaftig nicht, da braucht man doch bloß zuzugreifen. Es wäre dringend zu wünschen, daß sich nach dieser Richtung unsere Kollegen mehr richten würden und nicht erst warten, bis der Frade wieder hergestellt ist. Agitation tut uns gerade so not, wie das feste Brot!

In einer großen Teil der Mitglieder-Versammlungen hatten wir die Frauen unserer erwerbslosen Kollegen eingeladen. In diesen Versammlungen führen wir den Kriegserkrankten vor Augen, was die Gewerkschaften, und insbesondere unsere Organisation, während der Kriegszeit an Unterstützungen geleistet haben. Auch setzen wir dabei auseinander, warum wir die zu Anfang des Krieges eingeschickte Unterstützung für Kriegserkrankte wieder aufheben mußten. Wir sind der festen Überzeugung, daß durch diese Versammlungen ein großer Teil der Kriegserkrankten einsehen gelernt hat, daß es von der Organisation recht war, daß sie die eingeschickte Unterstützung wieder aufhob, um nach Geld zu bekommen für die Friedenszeit. Die Versammlungen waren bis auf zwei sehr gut besucht. Schäden würde es nicht, wenn auch in Friedenszeiten solche Versammlungen von Zeit zu Zeit stattfinden, damit die Frauen einen besseren Einblick bekommen in das Organisationswesen.

Zunächst wollen wir jener unsere erwerbslosen Kollegen gedanken, die bereits gestorben sind, darunter besonders für manch braver und tüchtiger Soldatensoldat, insbesondere aus Mollersdorf. Hoffentlich sind sie nicht unglücklich gefallen, sondern trägt auch ihr Blut dazu bei, den Boden zu bereichern für die künftige wirtschaftliche und soziale Gleichstellung der Arbeiterklasse. —

